



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 2. September 2026

Soziale Sicherheit braucht Verlässlichkeit

eaf: Wachsende Verunsicherung von Familien gefährdet Vertrauen in demokratische Institutionen

Die aktuellen Diskussionen über die Reform des Sozialstaats und seiner Leistungen, die Ankündigung von Kürzungen sowie die für viele Menschen schier unübersichtliche Menge an weiteren Gesetzesvorhaben sorgen für wachsende Verunsicherung, insbesondere bei Familien. Die evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V. (eaf) warnt davor, dass diese Verunsicherung das Vertrauen in demokratische Institutionen insgesamt gefährdet.

„Familien müssen planen können. Wenn aber gleichzeitig an mehreren Stellen gerüttelt wird, entsteht Verunsicherung“, betont eaf-Präsident Prof. Dr. Martin Bujard. „Ein und dieselbe Familie kann unter Umständen von vielen Reformen gleichzeitig betroffen sein: Von Einschnitten beim Eltern- und Wohngeld, von Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss, vom Wegfall des Sofortzuschlags, von Verschärfungen im SGB II und vom Umbau der Kinder- und Jugendhilfe, bei dem individuelle Hilfen künftig unter Vorbehalt stehen. Wer den Sozialstaat reformieren möchte, muss genau diese Lebensrealität von Familien im Blick haben. Denn ihnen sollten Handlungsspielräume eröffnet werden, statt sie Stück für Stück enger zu machen.“

Die eaf hat gemeinsam mit den anderen Familienverbänden in der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e. V. bereits im August in einem [Zwischenruf](#) darauf hingewiesen, dass eine Betrachtung der kumulativen Auswirkungen der Reformvorhaben auf Familien bislang gänzlich fehlt.

Dabei stehen viele Familien schon jetzt immer mehr unter Druck. Dies zeigt die jüngste [forsa-Umfrage im Auftrag von Save the Children](#): Fast doppelt so viele Eltern wie noch im Winter 2024/25 befürchten, die Grundbedürfnisse ihrer Familie in den kommenden zwölf Monaten nicht ausreichend decken zu können. Und die Ergebnisse einer [aktuellen Untersuchung des IMK](#) zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen finanziellen Sorgen und dem Vertrauen in die Bundesregierung.

„Familien sind zentrale Orte politischer Sozialisation. Wenn staatliches Handeln dort als immer weniger verlässlich erlebt wird, ist das mehr als ein sozialpolitisches Problem. Das Vertrauen der Familien in unsere demokratischen Institutionen insgesamt steht auf dem Spiel“, so Bujard.

Die eaf fordert die Bundesregierung auf, die laufenden Reformvorhaben ressortübergreifend auf ihre kumulierten Auswirkungen auf Familien zu prüfen und geplante Gesetzesvorhaben entsprechend anzupassen. Über finanzielle und zeitliche Folgen hinaus müssen auch die Auswirkungen auf Sorgearbeit, Vereinbarkeit und familienunterstützende Infrastruktur in diese Prüfung einbezogen werden.

Wie der Sozialstaat für Familien zukunftsfähig gestaltet werden kann, ist auch Thema der Jahrestagung eaf am 23. und 24. September 2026 in Wuppertal.

Ansprechpartnerin: Nicole Trieloff, E-Mail: trieloff@eaf-bund.de

Die evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V. (eaf) ist der familienpolitische Dachverband in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).